



Niederschrift

36. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Sitzungstermin:	Dienstag, 19.07.2016
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21.45 21:45Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
-----------------	-----------	---------------------

Ausschussmitglieder

Herr Michél Berlin	DIE LINKE	
Herr Pete Heuer	SPD	bis 20.50 Uhr
Frau Babette Reimers	SPD	
Herr Lars Eichert	CDU/ANW	
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	bis 19.46 Uhr

zusätzliches Mitglied

Frau Anja Heigl	DIE aNDERE	
-----------------	------------	--

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Marcus Krause	SPD	ab 20.50 Uhr (im Wechsel mit Herrn Heuer)
--------------------	-----	---

sachkundige Einwohner

Herr Wolfgang Dau	SPD	
Herr Jan Hanisch	DIE LINKE	bis 21.17 Uhr
Herr Frank Kulok	Bürgerbündnis	bis 19.46 Uhr
Herr Dirk Kühnemann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dr. Wilfried Naumann	Potsdamer Demokraten	
Herr Bernd Putz		
Herr Rudi Wiggert	SPD	ab 18.52 Uhr

Beigeordneter

Herr Andreas Goetzmann i.V. GB 4

Nicht anwesend sind:

zusätzliches Mitglied

Frau Dr. Sylke Kaduk AfD nicht teilgenommen

sachkundige Einwohner

Herr Christian Schirrholtz	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW	entschuldigt
Herr André Tomczak	DIE aNDERE	entschuldigt

Gäste:

Herr Niehoff	Verkehrsentwicklung zu TOP 4.2 bis 4.4
Herr Torsten Wustrack	Arbeitsgruppe Untere Straßenverkehrsbehörde zuTOP 4.7
Herr Beyer	Stadterneuerung zu TOP 8
Frau Rabbe	Sanierungsträger Potsdam GmbH zu TOP 5.2
Frau Kosel	Arbeitsgruppe Straßenreinigung/Winterdienst/Erschließungs- vertragsmanagement zu TOP 5.1
Frau Hapig-Tschentscher	Bereich Stadtentwicklung zu TOP 5.3
Herr Schatz	Geschäftsführer Filmpark Babelsberg GmbH zu TOP 3.2

Schriftführerin:

Frau Viola Kropp GB Stadtentwicklung und Bauen und Umwelt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.06.2016 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Vorstellung von Vorhaben
- 3.1 Bebauungsplan Nr. 21 "Gewerbepark Babelsberg", 1. Änderung: Genehmigung
eines Bürogebäudes auf dem Grundstück Grünstraße 18 mittels einer
Befreiung von der Festsetzung zur maximal zulässigen Gebäudehöhe" während
des laufenden Änderungsverfahrens
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

- (Wiedervorlage)
- 3.2 Befreiungserfordernis "Campus Medienstadt"
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Fortsetzung der Entwicklungsmaßnahme Krampnitz
Vorlage: 15/SVV/0838
Fraktion DIE aNDERE
FA, HA
(Wiedervorlage)
- 4.2 Zeppelinstraße, mikroskopische Simulation auf einer aktuellen Datenbasis
Vorlage: 16/SVV/0365
Fraktion CDU/ANW
- 4.3 Entwicklung des Modal Split
Vorlage: 16/SVV/0366
Fraktion CDU/ANW
- 4.4 Verkehrsmonitoring für Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0368
Fraktion CDU/ANW
- 4.5 Neuordnung Verkehr Patrizierweg-Steinstraße-Hubertusdamm
Vorlage: 16/SVV/0385
Fraktion CDU/ANW
- 4.6 Sitzungskalender 2017
Vorlage: 16/SVV/0408
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
alle Ausschüsse und OBR
- 4.7 Fußgängerüberweg Am Neuen Palais
Vorlage: 16/SVV/0427
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
+ EA Fraktion DIE LINKE
KOUL (ff)
- 4.8 Nordanbindung Bebauungsplan Nr. 129 'Nördlich In der Feldmark' an die
Golmer Chaussee (L 902), halbjährliche Berichterstattung, hier Juni 2016
Vorlage: 16/SVV/0335
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Uferwegsbeleuchtung Havelwelle (Beschluss 16/SVV/0284) , BE zum Ergebnis
der Verständigung mit dem Projektträger
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 5.2 Vorstellung Ergebnisse Landschaftsplanerischer Realisierungswettbewerb
Plantage
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.3 Sachstand der Evaluierung und Fortschreibung der Richtlinie zur
Kostenbeteiligung bei der Baulandentwicklung
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.4 Berichterstattung Gutachterverfahren "Ehemaliger Landtag"

- Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
6 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 7 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung
- 8 Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte", Wiederholung der Ausschreibung für das Grundstück Friedrich-Ebert-Straße Ecke Schloßstraße
Empfehlung zur Aufnahme von Vertragsverhandlungen
Vorlage: 16/SVV/0414
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Jäkel, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.06.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vom 28.06.2016 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 5 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

Zum TOP 3.2 liegt ein Antrag auf Rederecht für den Geschäftsführer der Filmpark Babelsberg GmbH, Herrn Friedhelm Schatz, vor.

zu 3 Vorstellung von Vorhaben

Die Vorstellung von Vorhaben ist heute entfallen und wurde auf den 06.09.2016 verschoben, da es vor der heutigen Ausschusssitzung einen Verständigungstermin der Ausschussmitglieder mit dem Gestaltungsrat gegeben hat.

Frau Hüneke berichtet, dass aus Sicht des Gestaltungsrates die Verbindung zwischen den Ausschussmitgliedern und den Mitgliedern des Gestaltungsrates verstärkt werden müsse, ggf. durch vierteljährliche engere Zusammenkünfte. Auch der Umgang mit Öffentlichem bzw. Nichtöffentlichem in der Beratung ist besprochen worden. Wichtig sei es jedoch, die Ergebnisse öffentlich darzustellen. Zielstellung sei, die Arbeit des Gestaltungsrates für die Investoren attraktiv zu machen und zur Mitwirkung zu bewegen.

Herr Jäkel ergänzt, dass es auch Überlegungen gegeben habe, einzelne Sitzungen zwischen den Sitzungsterminen des Ausschusses durchzuführen.

**zu 3.1 Bebauungsplan Nr. 21 "Gewerbepark Babelsberg", 1. Änderung:
Genehmigung eines Bürogebäudes auf dem Grundstück Grünstraße 18
mittels einer Befreiung von der Festsetzung zur maximal zulässigen
Gebäudehöhe" während des laufenden Änderungsverfahrens**
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Wiedervorlage)

Verschiedene Ausschussmitglieder bestätigen, dass sie sich zwischenzeitlich vor Ort umgesehen hätten.

Unter anderem bestätigt Frau Hüneke, dass aus ihrer Sicht die Erhöhung des Gebäudes Grünstraße 18 erfolgen könne, jedoch eine Ausnahme bleiben müsse. Eine Erhöhung des Gesamtvolumens hält sich nicht für verträglich.

Herr Jäkel hingegen hält die Erhöhung von 2,45 m nicht für angemessen und verweist auf die umliegenden Gebäudehöhen. Die Toleranzschmerzgrenze liege für ihn bei 1 m über den im Bebauungsplan festgesetzten Höhen.

Herr Berlin spricht im Hinblick auf die umliegenden Kleingärten die Frage der Verschattung und Durchlüftung an.

Herr Kulok wendet ein, dass die Vorlage des Höhenprofils hilfreich gewesen wäre.

Frau Reimers erinnert an die Veranstaltung „wachsende Stadt“. Im Süden von Babelsberg lassen sich solche Gewerberäume gut ansiedeln. Die Situation sei nicht vergleichbar mit der Potsdamer Mitte. Eine Unverträglichkeit sei für sie nicht erkennbar.

Herr Kühnemann gibt Frau Reimers in Bezug auf das Grundstück Grünstraße 18 Recht; hinterfragt jedoch die Auswirkungen auf das Umfeld.

Herr Heuer schließt sich den beiden Vorrednern an und stellt die Frage nach einer Erhöhung des Bodenwertes und evtl. Abschöpfungsmöglichkeiten.

Herr Kirsch verweist auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und spricht sich für eine Befreiung aus.

Herr Goetzmann erinnert an seine Ausführungen der vergangenen Sitzung. Im Zuge der öffentlichen Auslegungen habe es eine Fülle von Einwendungen gegeben, dass die vorgesehene Geschossigkeit entsprechend den Festsetzungen des Bebauungsplanes nicht realisierbar sei. Es ist beabsichtigt eine Anpassung der bisherigen Höhenfestsetzungen parallel im Bebauungsplanverfahren vorzunehmen.

Er macht aufmerksam, dass die Befreiung dieses einen Bauvorhabens ohne Anpassung der Höhenfestsetzungen die Situation einer Ungleichbehandlung schaffen würde.

Wenn eine kontroverse Diskussion für erforderlich gehalten wird, dann sei eine Abwägung der Einwendungen der 1. Öffentlichen Auslegung vorzunehmen und eine 2. Auslegung durchzuführen. Die Genehmigung zur Planreife sei nicht vor dem nächsten Frühjahr zu erwarten. Die Einbringung der Vorlage könne frühestens zur Septembersitzung der Stadtverordnetenversammlung erfolgen und eine Entscheidung nach der Behandlung im Ausschuss im November 2016. (Anmerkung der Verwaltung im Nachgang der Sitzung: Aufgrund der benötigten Vorlaufzeiten ist es wahrscheinlicher, dass die Einbringung erst zur November-Sitzung der STVV erfolgen kann und somit die Beschlussfassung erst im Dezember 2016)

Nach weiteren Äußerungen der Ausschussmitglieder zieht Herr Goetzmann die Konsequenz, so schnell wie möglich die Vorlage zur inhaltlichen Befassung vorzulegen und die Befreiung für das Grundstück Grünstraße 18 auszuschließen.

zu 3.2 Befreiungserfordernis "Campus Medienstadt" Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Goetzmann informiert detailliert anhand eines Planes, dass zu vier Sachverhalten ein Befreiungserfordernis besteht. Die Verwaltung beabsichtigt die Befreiung zu erteilen, jedoch nicht ohne im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr ein Meinungsbild einzuholen.

Herr Schatz (Geschäftsführer Filmpark Babelsberg GmbH) berichtet, dass viele an dem Standort beabsichtigte Nutzungen jetzt vor der Vollendung stehen und einer Genehmigung bedürfen, wofür teilweise Befreiungen erforderlich werden.

Frau Hüneke bedauert, dass kein Bebauungsplan vorliegt. Von daher sei jetzt keine Beurteilung möglich.

Herr Berlin, Herr Eichert, Frau Reimers schließen sich der Vorrednerin an.

Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass er der Verwaltung bereits bei der Erstellung der Tagesordnung nahe gelegt habe, im Vorfeld der Sitzung entsprechende Unterlagen zu diesem TOP auszureichen.

Herr Goetzmann bestätigt, dass die Bitte bei der Verwaltung angekommen ist. Die Vorbereitung solcher Unterlagen nehme jedoch Zeit in Anspruch, die eine Vertagung auf die September-Ausschusssitzung zur Folge gehabt hätte. Im Hinblick auf die mit dem Beschluss 16/SVV/0292 geforderten Vorschläge bemühe sich die Verwaltung um die Sammlung von Erfahrungen, wie dem Anliegen einer gesicherten Übereinstimmung bei der Anwendung von Satzungen praktikabel Rechnung getragen werden kann. Dabei ist zu prüfen, welcher Aufwand an Arbeit erforderlich ist, der an anderer Stelle Kapazitäten weg zieht.

Ist das ein Punkt, zu dem eine entsprechende Aufbereitung gewünscht ist, wird die Verwaltung das gleichwohl tun.

Frau Reimers macht deutlich, dass dies nicht Aufgabe der Stadt sei. Vielmehr sehe sie die Verantwortung für die Erstellung aussagekräftiger Unterlagen bei dem Planungsbüro bzw. dem Auftraggeber.

Herr Eichert bestätigt, dass die Entscheidung über die Befreiung bei der Verwaltung liege. Die Vorlage sei nur dann erforderlich, wenn ein Grenzbereich betroffen und zu erwarten ist, dass die Stadtverordnetenversammlung und die Verwaltung andere Auffassung haben könnten. Auch Herr Eichert vertritt die Ansicht, dass die Vorbereitung prüffähiger Unterlagen zur Weitergabe an den Ausschuss Aufgabe des Auftraggebers sei. Für künftige Verfahren sei eine zeitige aussagekräftige Aufbereitung erforderlich.

Herr Jäkel äußert die Vorstellung, dass einige Entscheidungspunkte ggf. genehmigt werden könnten und andere zurückzustellen sind.

Abschließend bittet der Ausschussvorsitzende künftig vorzulegen, wer was aus welchem Grund möchte, einschl. einer Skizze und Gegenüberstellung der Planzahlen. Mit diesen Unterlagen sei eine Einschätzung des Umfangs und Risikos möglich.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Fortsetzung der Entwicklungsmaßnahme Krampnitz

Vorlage: 15/SVV/0838

Fraktion DIE aNDERE

FA, HA

(Wiedervorlage)

Frau Heigl bestätigt für die antragstellende Fraktion, dass die Drucksache noch aktuell und die Behandlung aufgrund der gestrigen Gerichtsverhandlung heute möglich sei. Sie ergänzt, dass sich der erste Teil erledigt habe; der zweite Teil jedoch abstimmungsreif sei. In diesem Zusammenhang erwähnt sie den seit

längerer Zeit im Hauptausschuss zu behandelnden Antrag hinsichtlich einer Einleitung des Enteignungsverfahrens für den Kasernenbereich.

Herr Goetzmann verweist auf die den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vorliegende Pressemitteilung über die gestrige Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes Berlin-Brandenburg, in welchem die Entwicklungssatzung für das geplante Baugebiet der ehemaligen Kasernen Krampnitz überwiegend bestätigt worden ist. Das Gericht hat jedoch für einen Teilbereich am Südrand, den Herr Goetzmann an der Karte zeigt, die Unwirksamkeit der Entwicklungssatzung festgestellt. Als Konsequenz wird damit gerechnet, dass die unterlegenen Antragsteller prüfen Rechtsmittel einzulegen, so dass es sich insoweit noch eine schwebende Entscheidung handelt. Für die Durchführung der Entwicklungsmaßnahme selbst, hat der dringende Bedarf an Wohnungsbau überzeugt.

Herr Goetzmann empfiehlt den Antrag 15/SVV/0838 weiterhin zurück zu stellen, da

- die Verfügbarkeit der Grundstücke noch nicht gewährleistet
- die Rechtsstreitigkeiten zwischen der TG und dem Land noch schwebend sowie
- das abgeschlossene Normenkontrollverfahren noch nicht unanfechtbar ist.

Die Zurückstellung sollte zumindest solange erfolgen, bis bekannt ist, dass diese Entscheidung rechtskräftig ist.

Herr Kirsch greift die Empfehlung auf und stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag für mindestens ½ Jahr bzw. bis zur rechtlichen Klärung zurück zu stellen.

Dafür spricht Herr Berlin.

Dagegen niemand.

Der Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung wird mit 7/0/0 bestätigt.

zu 4.2 Zeppelinstraße, mikroskopische Simulation auf einer aktuellen Datenbasis Vorlage: 16/SVV/0365

Fraktion CDU/ANW

Herr Eichert bringt den Antrag ein.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) erinnert an die bereits erfolgte Vorstellung der Visualisierung des Verkehrsablaufes im Bereich der Zeppelinstraße in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr am 23.06.2015. Das dafür zugrundeliegende Zahlenwerk war aus dem Jahr 2015. Insofern ist dem vorliegenden Antrag bereits entsprochen worden. Herr Niehoff unterbreitet bei noch bestehendem Klärungsbedarf das Angebot, nochmals in einem gesonderten separaten Termin die Visualisierung vorzuführen und grundsätzlich zu erläutern. Herr Niehoff bringt in Erinnerung, dass die Zielstellung des Modellversuchs in der Zeppelinstraße die Einhaltung der Grenzwerte zur Luftreinhaltung sei.

Nach Äußerungen mehrerer Ausschussmitglieder stellt Herr Eichert den Antrag bis zur nächsten Sitzung (06.09.2016) zurück und wird in der Zwischenzeit das Gesprächsangebot der Verwaltung wahrnehmen.

zu 4.3 Entwicklung des Modal Split

Vorlage: 16/SVV/0366

Fraktion CDU/ANW

Herr Eichert bringt den Antrag ein.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) erläutert anhand einer Präsentation (siehe Anlage zur Niederschrift), dass es nicht möglich sei eine sichere Aussage zur Entwicklung des Modal Split zu treffen, da diese auch immer von anderen Entwicklungen abhängt. Unter Verweis auf das Stadtentwicklungskonzept Verkehr (StEK Verkehr) teilt Herr Niehoff mit, dass auch mit dem StEK Verkehr keine absoluten Entwicklungen aufgezeigt werden, sondern lediglich Zielwerte für eine mögliche Entwicklung des Modal Split dargestellt werden. Die Erreichung der Zielwerte setzt die Umsetzung verschiedener Maßnahmen voraus. Es ist festzustellen, dass die weitere Entwicklung des Modal Split nur zu Teilen vom Bevölkerungswachstum abhängig ist. Entscheidend ist hier vor allem, welche Mobilitätsmöglichkeiten der wachsenden Bevölkerung angeboten werden und welche Attraktivität die einzelnen Möglichkeiten haben.

Herr Niehoff fasst zusammen, dass eine Vorausberechnung bzw. Trenderhebung des Modal Split nicht möglich sei, sondern die Auswirkungen des Wachstums auf den Verkehr.

Im Hinblick auf den im Antrag enthaltenen Auftrag die vorhandenen wissenschaftlichen Einrichtungen etc. zu nutzen bestünde die Möglichkeit über eine Diplom- oder Semesterarbeit, das Interesse vorausgesetzt. Damit wären die Untersuchungen frühestens im nächsten Jahr möglich.

Herr Heuer führt die Berechnungen der TU Dresden zum Modal Split „System repräsentative Verkehrsentwicklung“ (SRV) an.

Herr Eichert betont, dass es in dem Antrag um die voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung gehe und entsprechende Berechnungen im Zusammenhang mit den wissenschaftlichen Einrichtungen erarbeitet werden könnten.

Frau Hüneke erinnert, dass im StEK Verkehr die Bevölkerungsprognose enthalten sei.

Frau Reimers stellt fest, dass die Terminstellung „Oktober 2016“ nicht haltbar ist. Die nächste Erhebung Modal Split würde in 2018 erfolgen.

Herr Goetzmann verweist darauf, dass es drei unterschiedliche Kategorien gebe

- Erkenntnisse – Bestandsanalyse (wie entwickelt sich die Verteilung des Verkehrsauf die unterschiedlichen Verkehrsarten)
- um Verkehrsentwicklungsplanung – Prognosen notwendig, wie die Bedarfe ansteigen
- die Frage, was an Zielen im Prozess vorgegeben wird.

Ein Selbststeuerungsprozess soll mit dem StEK Verkehr vermieden werden. Herr Goetzmann ergänzt, dass im StEK Verkehr kaum Änderungen für den motorisierten Individualverkehr (MIV) enthalten sind. Vielmehr geht es um die veränderte Verteilung der Verkehrsmittel in dem vorhandenen Straßenraum. Die Auswirkung zum Modal Split ist nicht messbar. Ziel müsse es sein, die im StEK Verkehr enthaltenen Maßnahmen schneller anzugehen. Die Zusammenarbeit dem den wissenschaftlichen Einrichtungen ist sinnvoll, sollte jedoch nicht auf Potsdam beschränkt werden (z.B. TU Dresden). Es ist jedoch zu beachten, dass in Kooperation mit den Hochschulen keine schnellen Ergebnisse zu erwarten sind.

Herr Jäkel unterstützt den Antrag. Die wissenschaftlichen Erfahrungen sollten schon genutzt werden.

Herr Eichert führt aus, dass es um Prognosen der Anpassung an neue Daten gehe. Intention des Antrages sei es Grundlagen für die Zukunftsplanung mit der Bevölkerungsentwicklung zu schaffen.

Herr Dr. Naumann macht deutlich, dass der Modal Split das Verhältnis eines Verkehrsmittels zu den anderen aufzeigt. Wichtig sei jedoch die Verkehrsleistung.

Nach weiterer kurzer Diskussion wird der Antrag durch den Ausschussvorsitzenden zur Abstimmung gestellt.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die zu erwartende Entwicklung des Modal Split bei einem Bevölkerungswachstum von 40.000 Einwohnern (d.h. 120.000 zusätzliche Wegebeziehungen pro Tag) zu untersuchen. Dabei sind die Lage der neuen Wohngebiete zur Stadtmitte, die aufgrund dessen zu erwartende Wahl der Verkehrsmittel sowie die vorliegenden Entwicklungswerte der vergangenen fünf Jahre für Potsdam einzubeziehen.

Die in Potsdam dazu vorhandenen wissenschaftlichen Einrichtungen und die vorliegenden wissenschaftlichen Arbeiten und Erkenntnisse sind zu nutzen.

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sind bis Oktober 2016 erste Zwischenergebnisse/vorliegende Ergebnisse vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	1

Damit empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 4.4 Verkehrsmonitoring für Potsdam

Vorlage: 16/SVV/0368

Fraktion CDU/ANW

Herr Eichert bringt den Antrag ein.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) informiert anhand einer Präsentation (siehe Anlage zur Niederschrift), dass ein Verkehrsmonitoring der Überwachung des Verkehrs dient, um mit den Analyseergebnissen steuernd eingreifen zu können. Dazu werden Ziele definiert und messbare Verkehrsdaten als Steuerungskriterien erfasst.

Genau unter diesem Gesichtspunkt wurde in Potsdam eine Verkehrsleitzentrale aufgebaut, die 2001 in Betrieb genommen worden ist und seitdem technisch weiter entwickelt wird. Zur Ermittlung der Verkehrslage, Entscheidung zur Signalsteuerung und weiteren Prozessen überwacht und koordiniert der Verkehrsrechner die Lichtsignalsteuerungen verkehrsabhängig auf der Grundlage von über 550 Messstellen aus dem Stadtgebiet Potsdam. Zur weiteren Qualitätssteigerung des ÖPNV erfolgt darüber hinaus eine regelmäßige Verspätungsanalyse der einzelnen Tram- und Buslinien. Sollten dabei Schwachstellen im Verkehrsnetz deutlich werden, kann gezielt auf eine Optimierung der Verkehrssteuerung hingearbeitet werden. Durch die bestehende Verkehrsleitzentrale mit dem vorhandenen rechnergestützten Verkehrsmonitoring werden die verschiedenen Verkehrszustände innerhalb des Stadtgebiets bereits umfassend erfasst, in Echtzeit analysiert und gemäß den Zielen eine Förderung des Umweltverbundes gesteuert.

Herr Niehoff fasst abschließend zusammen, dass die detaillierten Zielwerte der Verkehrssteuerung sich dabei an den übergeordneten Zielen der Verkehrsentwicklung gemäß StEK Verkehr orientieren und fragt den Antragsteller, welchen zusätzlichen Nutzen er erwartet?

Herr Eichert betont, dass es um die Optimierung dessen, was vorhanden ist, gehe.

Nach kurzen Äußerungen weiterer Ausschussmitglieder übernimmt Herr Eichert kleinere Änderungen im Beschlusstext (sh. nachfolgende Beschlussempfehlung).

Der entsprechend geänderte Antrag wird durch den Ausschussvorsitzenden zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob, wie und zu welchen Bedingungen in Zusammenarbeit z. B. mit der FH Potsdam ein **das**

"Verkehrsmonitoring Potsdam" aufgebaut **verbessert** werden kann.

Dem Hauptausschuss und dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sind bis Oktober 2016 erste Zwischenergebnisse/vorliegende Ergebnisse vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.5 Neuordnung Verkehr Patrizierweg-Steinstraße-Hubertusdamm

Vorlage: 16/SVV/0385

Fraktion CDU/ANW

Herr Eichert bringt den Antrag als Prüfauftrag ein.

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Verbesserung der Verkehrsführung im Stadtteil Stern zu prüfen, ob und wie im Bereich Patrizierweg/Steinstraße/Hubertusdamm/ Mendelson-Bartholdy-Straße der ruhende und fließende Verkehr neu geordnet werden kann, um den Anliegerverkehr für den gesamten Bereich sowie den Zubringerverkehr zur Schule in der Flotowstraße zu regeln.

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr ist bis Ende November 2016 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.6 Sitzungskalender 2017

Vorlage: 16/SVV/0408

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung alle Ausschüsse und OBR

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Sitzungstermine des SBV-Ausschusses 2017 zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Sitzungskalender 2017 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihrer Fraktionen und Ausschüsse sowie weiterer Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.7 Fußgängerüberweg Am Neuen Palais

Vorlage: 16/SVV/0427

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
+ EA Fraktion DIE LINKE
KOUL (ff)

Frau Hüneke bringt den Antrag ein und schlägt vor, die Einbeziehung der Verkehrsgruppe der Universität Potsdam in den Antrag aufzunehmen.

Herr Berlin bringt für die Fraktion DIE LINKE folgenden Ergänzungsantrag ein und spricht sich für die Umwandlung in einen Prüfauftrag aus, der beide Anträge aufnimmt:

Der Antrag wird wie folgt ergänzt:

„Weiterhin soll eine sicherere Verkehrslösung auf der Südseite des Campus, Verbindung vom Haus 19 zum Campuszentrum, geschaffen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung am 14. September 2016 über die einzuleitenden Maßnahmen und einen entsprechenden Zeitplan für deren Umsetzung zu informieren.“

Herr Wustrack (Straßenverkehrsbehörde) macht aufmerksam, dass die Prüfung möglich sei. Jedoch seien die dafür notwendigen Zählungen während der Ferienzeit nicht sinnvoll, so dass eine Berichterstattung zur STVV September 2016 nicht möglich sei. Eine belastbare Aussage sei frühestens zum Abschluss des 4. Quartals 2016 möglich.

Frau Hüneke übernimmt die unterbreiteten Änderungsvorschläge, so dass der Antrag in geänderter Form zur Abstimmung gestellt wird:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **zu prüfen**, dafür Sorge zu tragen, dass ~~das Tiefbauamt der Landeshauptstadt einen~~ **wie ein** Zebrastreifen auf der Westseite des Unigeländes an der Straße Am Neuen Palais einrichtet **werden kann**.

Weiterhin soll eine sicherere Verkehrslösung auf der Südseite des Campus, Verbindung vom Haus 19 zum Campuszentrum, geprüft werden.

In die Prüfungen ist die Verkehrsgruppe der Universität Potsdam einzubeziehen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung im Dezember 2016 über die einzuleitenden Maßnahmen und einen entsprechenden Zeitplan für deren Umsetzung zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

**zu 4.8 Nordanbindung Bebauungsplan Nr. 129 'Nördlich In der Feldmark' an die Golmer Chaussee (L 902), halbjährliche Berichterstattung, hier Juni 2016
Vorlage: 16/SVV/0335**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)

Die Mitteilungsvorlage liegt den Ausschussmitgliedern vor. Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Mitteilungsvorlage 16/SVV/0335 zur Kenntnis.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Uferwegsbeleuchtung Havelwelle (Beschluss 16/SVV/0284) , BE zum Ergebnis der Verständigung mit dem Projektträger

Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Frau Kosel (Arbeitsgruppe Straßenreinigung/Winterdienst/Erschließungsvertragsmanagement) greift den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung auf, in welchem der Auftrag erteilt worden ist mit dem Vorhabenträger des Bauprojektes Havelwelle Kontakt aufzunehmen.

Frau Kosel informiert, dass dem Vorhabenträger der Beschluss übermittelt worden ist und es mehrfachen Kontakt gegeben habe. Der Vorhabenträger hat mitgeteilt, dass es kein Angebot zur Herstellung der Uferwegsbeleuchtung gegeben habe. Eine Zusage gab es nur für die Planstraße A. Diese Beleuchtung ist hergestellt worden.

Frau Kosel bedauert, dass es hier scheinbar ein kommunikatives Missverständnis gegeben habe. Sie unterstreicht, dass es keine rechtliche Verpflichtung zur

Herstellung der Uferwegsbeleuchtung gebe und die Übernahme nur auf freiwilliger Basis möglich sei. Dazu gebe es jedoch keine Zusage des Vorhabenträgers. Frau Kosel ergänzt, dass es sich hier um eine grüne Uferzone handelt und keine öffentlich gewidmeten Verkehrsflächen.

Herr Jäkel betont, dass die Beleuchtung hier von öffentlichem Interesse sei und ebenso wie im Bereich Schillerplatz hergestellt werden müsse.

Auf die Rückfrage, wie es zur Fehlinformation kommen konnte, informiert Herr Goetzmann, dass es zutreffend sei, dass eine scheinbar unzutreffende Information in eine Mitteilungsvorlage aufgenommen worden ist und bringt sein Bedauern darüber zum Ausdruck.

zu 5.2 Vorstellung Ergebnisse Landschaftsplanerischer Realisierungswettbewerb Plantage

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Rabbe (Sanierungsträger Potsdam GmbH) stellt die Ergebnisse des Landschaftsplanerischen Realisierungswettbewerbes anhand einer Power Point Präsentation vor und geht erläuternd auf Rückfragen ein. Baubeginn wird im Jahr 2017 sein.

zu 5.3 Sachstand der Evaluierung und Fortschreibung der Richtlinie zur Kostenbeteiligung bei der Baulandentwicklung

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Hapig-Tschentscher (Bereich Stadtentwicklung) erinnert an die letzte Berichterstattung im Januar 2016. Anhand einer PowerPoint-Präsentation (siehe Anlage zur Niederschrift) informiert sie über die bisherigen Stand und die weiteren Schritte.

Herr Krause merkt an, dass die Zieldiskussion mit der Politik als separater Termin vereinbart worden ist und fragt nach dem Zeitpunkt.

Frau Hapig-Tschentscher antwortet, dass die Einordnung nach dem Diskussionstermin zum Thema Mietverzicht, etwa Mitte September 2016 sinnvoll wäre.

zu 5.4 Berichterstattung Gutachterverfahren "Ehemaliger Landtag"

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Goetzmann stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Wettbewerbsentwürfe und deren Bewertung vor. Er macht aufmerksam, dass der Siegerentwurf trotz Nichteinhaltung der Eckpunkte weiter verfolgt werden solle. Orientierung ist der Abschluss eines Städtebaulichen Vertrages. Dieser bedarf der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung und wird zur Septembersitzung der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt.

Frau Hüneke berichtet über ihre Teilnahme am Wettbewerb und bestätigt, dass der ausgewählte Entwurf eine gute Lösung sei.

zu 6 Sonstiges

keine

Ralf Jäkel
Ausschussvorsitzender

Viola Kropp
Niederschrift